



<https://biz.li/32yf>

UNI-ÄRZTE ERNEUT IM WARNSTREIK

Veröffentlicht am 08.03.2024 um 10:22 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Ärzte der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen treten am kommenden Montag, 11. März 2024, erneut in den Warnstreik. Zum gemeinsamen Protest versammeln sie sich mittags in Göttingen. In weiteren acht Bundesländern sind ebenfalls Aktionen geplant. Der Marburger Bund hat Ärzte von 23 Universitätskliniken aufgerufen, die Arbeit ganztägig niederzulegen. Hans Martin Wollenberg, 1. Vorsitzender des Marburger Bundes Niedersachsen, betont: "Wir nehmen wieder eine große Streikbereitschaft war, wenn es sein muss, künftig auch für mehr als einen Tag. Der Frust ist groß. Insbesondere junge Ärzte zweifeln unter den herrschenden Bedingungen, ob die Universitätsklinik für sie ein langfristiger Arbeitsplatz sein kann. Das ist fatal, auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel." Der Marburger Bund fordert von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder - TdL höhere Zuschläge für Regelarbeit in der Nacht, an Wochenenden und Feiertagen. Angesichts der Preissteigerungen fordert er linear 12,5 Prozent mehr Gehalt, bezogen auf ein Jahr. Die Zunahme der Schicht- und Wechselschichtarbeit soll begrenzt werden. Andreas Hammerschmidt, 2. Vorsitzender des Marburger Bundes Niedersachsen, unterstreicht: "Gerade die ÄrztInnen an den Universitätskliniken haben in den harten Pandemie Jahren die Füße stillgehalten. Die TdL muss endlich einen akzeptablen Vorschlag auf den Tisch legen. Sie hat die Zukunft der PatientInnenversorgung in der Hand." Um die Versorgung der Patienten zu gewährleisten, hat die Ärztegewerkschaft Notdienstvereinbarungen mit den beiden betroffenen Universitätskliniken geschlossen, die sich an der Wochenendbesetzung orientieren. Am 30. Januar hatte der Marburger Bund Ärzte der betroffenen Universitätskliniken zum ersten bundesweiten Warnstreik aufgerufen. An der zentralen Kundgebung in Hannover nahmen damals rund 5000 teil. Dennoch hatte es in der vierten Verhandlungsrunde im Februar keinen Fortschritt in den Tarifverhandlungen für die über 20 000 Ärzte an den betroffenen 23 Universitätskliniken gegeben.